Tägliche Omaha Tribüne

TRIBUENE PUBLISHING CO.
VAL. J. PETER, Pres.
1311 Howard Str. Tel. Douglas 3700 OMAHA, NEB.

Entered as second-class matter March 14, 1913 at the postoffice at Omaha, Nebraska, under the Act of Congress, March 3, 1879.

Preis des Tageblatts: Durch den Träger, per Woche 10c; durch die Post per Jahr $4.00.—Preis des Wochenblatts: Bei strikter Vorausbezahlung, per Jahr $1.50.

Omaha, Nebr., 27. Okt., 1914.

Die Referendum-Abstimmung.

Am 3. November wird die Bevölkerung Nebraska's das Recht auszuüben haben, das von jeher allen Freiheitsschwärmern als das höchste galt, das der Volksabstimmung. Als erstes und vielleicht auch als wichtigstes Gesetz steht das Arbeiter-Unfall-Entschädigungsgesetz zur Abstimmung und geben sich sowohl Feinde als Freunde viel Mühe, die Volksstimmung auf ihre Seite zu ziehen. Wir sind der ehrlichen Ansicht, daß das Gesetz nicht verworfen werden sollte, und zwar aus den folgenden Gründen: Das Gesetz findet Anwendung nur auf solche Arbeitgeber, die 5 oder mehr Leute beschäftigen; Farmer, Haushaltungen und Eisenbahnen und ihre Angestellten sind ausgenommen. Das Gesetz wird angegriffen von einer Anzahl Advokaten aus selbstsüchtigen Gründen, da ihnen jetzt die fetten Entschädigungsprozesse entgehen und sollte gerade dies einer der Hauptgründe für die Annahme des Gesetzes sein. Die genauen Bestimmungen haben wir bereits veröffentlicht und wollen wir uns hier nur darauf beschränken, auszuführen, daß bereits 22 Staaten unseres Bundes Unfall-Entschädigungs-Gesetze eingeführt haben und zwar die meisten fast gleichlautend mit dem unsrigen. Ist erst einmal das Eis gebrochen und ein derartiges Gesetz bei uns eingeführt, so ist es der Legislatur eine Kleinigkeit, Fehler und Mängel auszumerzen. Wird aber das vorliegende Gesetz niedergestimmt, so ist es für längere Zeit mit jeglichem Arbeiterschutz in Nebraska vorbei und sind die Arbeiter wieder gänzlich auf die Advokaten angewiesen. Deshalb ersuchen wir unsere Leser, wie ein Mann für das Zustandekommen des Gesetzes einzutreten, damit doch wenigstens ein Fortschritt erzielt wird.

Als zweites steht zur Abstimmung die Frage der Erbauung einer Waffenhalle in Nebraska City u. die Bewilligung von $20,000 für diesen Zweck. Die Waffenhalle soll in Nebraska City erbaut werden und den Namen „The Fort Kearney Memorial Armory" erhalten. Da dieser Forderung eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen ist, andererseits aber auch eine lebhafte Gegenströmung sich bemerkbar macht, muß es Jedem überlassen bleiben, sich selbst eine Meinung zu bilden.

Die Frage der Verlegung der Universität aus dem unteren Theile der Stadt Lincoln nach der etwas von dieser gelegenen Universitätsfarm hat einen lebhaften Kampf hervorgerufen. Viele Geschäftsleute des in Frage stehenden Bezirks der Stadt Lincoln sehen darin eine starke Schädigung ihrer berechtigten Interessen, denn sie würden sich vielleicht nicht dort niedergelassen haben, wenn die Universität nicht dort gewesen wäre. Andererseits aber dient die Universität nicht Geschäftsinteressen, sondern der Ausbildung des Nachwuchses unseres Volkes und dessen Interesse sollte ausschlaggebend sein. Die „Regents" d. h. Direktoren des Verwaltungsrathes der Universität, darunter auch der in deutschen Kreisen wohl- und weitbekannte Herr F. L. Haller, schreiben darüber: „Eine Reihe amerikanischer Universitäten sind gezwungen worden, ihren Sitz zu verlegen, da die Umgebung in der Stadt nicht mehr mit den Zwecken und Zielen der Bildungsanstalt im Einklang stand. Dies ist der Fall mit der Staatsuniversität von Washington in Seattle, der Washington Universität in St. Louis und der Columbia-Universität in New York. Da die Räumlichkeiten nicht mehr ausreichen, auf dem jetzigen Universitätsgrundstücke jedoch kein Platz für Neubauten ist, sollte schon aus Gründen der Einheit die Verlegung nach der Universitätsfarm geschehen, da es ein Unding ist, zwei Universitätsabtheilungen getrennt mit zwei Verwaltungen zu führen." Die Gegner der Verlegung nach der Farm führen vor allem in's Feld, daß eine solche drei Millionen Dollars kosten und durch Vergrößerung des jetzigen Grundstückes $2,700,000 gespart würden, da die angrenzenden Ländereien für $300,000 erworben werden könnten. Auch führen sie in's Feld, daß die jetzigen schönen Gebäude alsdann zwecklos sein würden, während die Herren Haller und Coupland behaupten, daß diese Gebäude sehr wohl zu Staatszwecken benutzt werden könnten, zumal da die Räume im Kapitol schon jetzt zu klein seien. Sparsamkeit ist allerdings ein großer Faktor im wirthschaftlichen Leben eines Staates, trotzdem aber darf selbst eine solche Summe wie 3 Millionen Dollars nicht in Betracht gezogen werden, wenn es die sachgemäße Erziehung der Jugend gilt. Hinwiederum ist jedoch eine jede Ersparniß mit Freuden zu begrüßen, da in unserem Staate noch unendlich viel zu leisten ist. Auch die Existenz vieler Geschäftsleute ist in Betracht zu ziehen, sodaß es wohl Jedem sehr schwer fallen wird, sich ein gerechtes Urtheil über diese Frage zu bilden.

Zum Schluß endlich noch soll das Volk dann über eine Frage urtheilen, die von unabsehbarer Wichtigkeit für unser Land ist; die Einführung des Frauenstimmrechts. Wir haben bereits oft auf die daraus drohenden Gefahren hingewiesen, können es jedoch nicht unterlassen, nochmals darauf einzugehen. Wo immer das Frauenstimmrecht in einem Staate eingeführt war, gaben sich die Wahlweiber mit diesem Erfolge nicht zufrieden, sondern versuchten nun erst recht, der Allgemeinheit ihren Willen aufzuzwingen, indem sie die Einführung der Prohibition verlangten und—auch durchführten. Nur eine kleine Anzahl Frauen in unserem Staate verlangt die Einführung des Frauenstimmrechts; die meisten sind dagegen oder stehen der Frage gleichgiltig gegenüber. Der Einführung der Prohibition sollten die Stimmgeber in Nebraska schon aus dem Grunde aus dem Wege gehen, daß ihre Frauen sicherlich keine Vergewaltigung ihrer Männer wünschen und nur eine solche in derartigen Gesetzen zu sehen ist. Aber noch ein Grund ist gegen das Frauenstimmrecht anzuführen: **Die Staats- und Kommunalsteuern müßten wesentlich erhöht werden.** Denn erstens wird durch das Frauenstimmrecht die Zahl der Wähler erhöht und zweitens wird die Zahl von nichtsteuerzahlenden Wählern erhöht und schaffen diese leicht Gesetze zum Nachtheil der Steuerzahler, da sie ja nichts zahlen. Die Steuerkraft unseres Landes liegt aber bei den Farmern. Deren Frauen würden jedoch schwerlich wählen, wohl aber 90 Prozent der Stadtfrauen, die keine Steuern zahlen. Die Gefahren sind also so große, daß jeder ein Verbrechen gegen sich selbst begeht, der nicht an die Urne tritt um **gegen** Frauenstimmrecht zu stimmen.

Zur Universitätsfrage.

Die Regenten der Staatsuniversität, Herren F. L. Haller und George Coupland, geben nochmals kurz vor dem Referendum ihre Gründe für die Zweckmäßigkeit der Verlegung der Universität nach der Staatsfarm an. Sie führen aus, daß wenn die Verlegung nach der Staatsfarm durchdringt, die ganze von der Legislatur bewilligte Summe von 2½ Millionen Dollars benutzt wird, um auf dem neuen Gelände eine einheitliche Universität aufzubauen. Sollte dagegen der Vorschlag abgelehnt werden, zerfiele die Universität in zwei Theile und würde alsdann die landwirthschaftliche Abtheilung ein Drittel und die Universität zwei Drittel der oben erwähnten Summe erhalten. „Große Anstrengungen sind nun von den Gegnern der Verlegung letzthin gemacht", erklären sie, „die öffentliche Meinung auf ihre Seite zu bringen, doch sind wir dessen sicher, daß der durchschnittliche Stimmgeber darauf brennt, in dieser Frage das beste Urtheil zu fällen. Es ist unbestreitbare Thatsache, daß wenn nicht selbstische Interessen es verhindert hätten, bereits die beiden letzten Legislaturen die Vereinigung der Universität auf der Staatsfarm genehmigt hätten. Persönlich sind wir völlig davon überzeugt, daß es direkt verschwenderisch ist, die Universität und die landwirthschaftliche Schule von einander zu trennen und das hoch im Preise stehende Gelände um den jetzigen Campus herum aufzukaufen. Im Jahre 1913 besuchten fünf Mitglieder der Verwaltungsbehörde der Staatsuniversität eine Reihe von Staatsuniversitäten zu dem Zwecke, sich über die Klugheit einer Vereinigung zu informiren. Das Resultat war, daß die Behörde einstimmig einen Bericht annahm, in dem der Legislatur Vereinigung auf der Staatsfarm und die Bewilligung der nöthigen Mittel von 2½ Millionen Dollars empfohlen wurde. Diese Mittel wurden dann auch bewilligt, doch die Verlegung nicht ausgesprochen. Der Nebraskaer Farmer-Congreß lud zu seiner letzten Sitzung eine Commission hervorragender Universitäts- und Landwirthschaftsschul-Präsidenten ein, die sich alle für Vereinigung aussprachen und sogar erklärten, daß eine solche mit der Universität eine Lebensfrage für die landwirthschaftliche Abtheilung sei. Die Universität soll so lange bestehen, als unser Staat besteht, deshalb wird Ihr Votum von großer Wichtigkeit sein. Ein jetziger Irrtum wird sich lange fühlbar machen!"

(Eingesandt.)

Für Großmann und Hollenbeck.

Ich möchte Sie und Ihren ausgedehnten Leserkreis, und speziell meine Freunde und Bekannten darauf aufmerksam machen, daß bei der kommenden Wahl am 3. November sich einer der besten unserer Mitbürger deutscher Abkunft um das Amt des Distrikt-Richters bewirbt.

Es wird uns Deutschen oft, und ich glaube mit Recht, vorgeworfen, daß wir nicht genügend zusammenhalten und an der Wahlurne unsere Interessen nicht mit der nöthigen Kraft und Einigkeit vertreten, um uns die Stellung zu erringen, die uns gebührt. Ich sollte meinen, daß die Art und Weise, wie leider viele Stockamerikaner seit Anfang des Krieges über uns herfallen, uns überzeugen sollte, wie nothwendig es ist, den hiesigen Feinden des Deutschthums geschlossen entgegenzutreten, und wie Herr Schulze den Germania Turnverein in Cleveland ermahnt hat, uns ein Beispiel zu nehmen an der einmüthigen Erhebung im alten Vaterlande gegen die Feinde Deutschlands. Herr John H. Großmann ist von deutschen Eltern hier geboren, spricht nicht allein gut deutsch, sondern ist auch ein Befürworter alles Deutschen, und ein Enthusiast für die gute Sache Deutschlands in seinem Ringen zur Selbsterhaltung. Herr Großmann ist für den Richterposten in jeder Weise befähigt, sowohl durch seine Erziehung, Rechtskenntniß und Erfahrung, wie auch durch seinen Ruf als aufrichtiger, ehrlicher, freisinniger und unbestechlicher deutscher Mann.

Ich kann es unseren deutschen Mitbürgern nicht genügend an's Herz legen, alles Mögliche zu thun Herrn Großmann zu dem Amte als „District Judge" zu verhelfen. Er hat sich schon als Staatssenator bei der letzten Legislatur genügend Verdienste erworben, um ihn zu dieser Stellung zu berechtigen.

Jeder einzelne sollte nicht allein seine eigene Stimme für Herrn Großmann abgeben, sondern auch seine Freunde und Bekannte dazu anregen.

Ein ähnliches gutes Wort möchte ich für Herrn Hollenbeck, welcher sich um das Amt des Oberrichters bemüht, einlegen, auch dürfen wir nicht vergessen, unseren Kongreßrepräsentanten Herrn Lobeck in jeder Weise zur Wiedererwählung zu unterstützen. Er hat sich während der letzten vier Jahre in Washington wirklich große Verdienste für das Deutschthum erworben und wir sind ihm zu größter Dankbarkeit verpflichtet. Es ist wohl kaum nöthig, daran zu erinnern, daß Gouverneur Morehead uns viele Beweise gegeben hat, daß er einer unserer guten Freunde ist.

Von Parteifragen dürfen wir uns bei der Wahl für diese Aemter nicht beeinflussen lassen.

Achtungsvoll,
A. L. Meyer.

(Eingesandt.)

Ein Wort an die Deutschen.

Um den Deutschen im öffentlichen Leben den Einfluß zu verschaffen, zu dem die Kraft der deutschen Bevölkerung berechtigt ist, ist es von vornherein nothwendig, daß die „Deutschen einig sind." In anderen Worten, wir sollten weniger Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberger, Plattdeutsche oder Hochdeutsche sein, als einfach „Deutsche", und als solche sollten wir unsere Stimme abgeben für einen Deutschen, falls er von der einen oder der anderen Partei für ein verantwortliches Amt nominirt ist, immer vorausgesetzt aber, daß er die nöthigen Fähigkeiten besitzt, das Amt in einer geschäftsmäßigen Weise zu verwalten. In dieser Lage befinden sich die Deutschen von Douglas County bei der bevorstehenden Wahl. Herr G. J. Elsasser wurde von der demokratischen Partei zum County Schatzmeister nominirt. Viele von uns kennen ihn seit den letzten 40 Jahren, und zu jenen Deutschen, welche in späterer Zeit nach Omaha kamen, können wir sagen, daß Herr Elsasser diesen verantwortlichen Posten in den Jahren 1900 bis 1904 mit Ehre für sich und das gesammte Deutschthum bekleidete. Es ist nicht unser Wunsch, auch nur ein Wort gegen den Gegner Herrn Elsasser's zu sagen, doch wie oben erwähnt, können die Deutschen nur ihre Landsleute zu solchen Aemtern erwählen, wenn sie diesen ihre ungetheilte Unterstützung bei der Wahl entgegenbringen. Laßt unser Losungswort sein: „Die Deutschen für Elsasser!"

X.

Hollenbeck gegen Frauenstimmrecht.

In der Fremont Tribune ist kürzlich ein Artikel erschienen, aus dem verstanden werden könnte, daß Richter Conrad Hollenbeck, der sich um den Posten des Oberrichters beim Obergericht des Staates Nebraska bewirbt, für Frauenstimmrecht eintreten werde. Wie wir von ihm selbst erfahren, ist dies absolut unwahr, vielmehr ist Richter Hollenbeck's Frau ein äußerst thätiges Mitglied des Vereins gegen Frauenstimmrecht und er selbst steht auch auf denselben Prinzipien. Es ist dies nur ein plumper Versuch, die Deutschen von Hollenbeck abzuziehen und wird die deutsche Presse im Staate gebeten, hiervon Abdruck zu nehmen, um so der Wahrheit zum Siege zu verhelfen.

Unfall-Entschädigungs-Gesetz.

Das am 3. November zur Volksabstimmung stehende Arbeiter-Unfall-Entschädigungs-Gesetz unterscheidet sich von dem gestern von uns beschriebenen deutschen ganz wesentlich. Zunächst im Wirkungskreise, denn nach unserem Gesetz sollen in Nebraska nur diejenigen Betriebe der Entschädigungspflicht unterliegen, die fünf oder mehr Arbeiter beschäftigen. Ausgenommen sind die Landwirthschaft, Haushaltungen und Eisenbahnen und die darin Beschäftigten. Dies ist den Verhältnissen entsprechend, denn letztere unterliegen der Bundesgesetzgebung, und für die ersteren beiden Kategorien kann nach den gemachten Erfahrungen ein Bedürfniß zur Einführung eines solchen Gesetzes nicht anerkannt werden. Das Unfall-Entschädigungsgesetz (Workmens Compensation Act) wurde von der Legislatur angenommen, um die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in großen Mühlen, Fabriken und sonstigen Werkstätten in unserem Staate zu bessern und die Arbeitnehmer, deren einziges Kapital meistens in ihrer ungehinderten Arbeitskraft liegt, für den Fall eines Betriebsunfalls zu sichern. Das Gesetz stützt sich auf die in 22 unserer Bundesstaaten gemachten Erfahrungen und sollte als erster Schritt einer demnächst weiter zu beschreitenden sozialen Bahn unbedingt gutgeheißen werden.

Kartoffelkrieg in Braunschweig.

Amsterdam, über London, 26. Okt. — Der hohe Kartoffelpreis hat in Braunschweig zu einem Krawall geführt, berichtet das Sozialistenblatt „Vorwärts". Es heißt, daß die Marktstände, deren Eigenthümer sich weigerten, die Kartoffeln zu mäßigen Preisen zu verkaufen, gestürmt und die Kartoffeln auf die Straße geworfen und vernichtet wurden, ehe es der Polizei gelang, die Ruhe wieder herzustellen. Die Regierung wird ersucht werden, den Maximalpreis aller Lebensmittel festzusetzen.

— John J. Neglen, demokratischer Kandidat für die Legislatur (Repräsentant), befürwortet Ausnahme der Haushaltsgegenstände von der Steuerpflicht und öffentliche Kontrolle und Besitz der Wasserkraft-Seiten und öffentliche Nutzbarkeiten in Städten. — Pol. Anz.

Deutsche, stimmt für Conrad Hollenbeck!

Um das Amt des Oberrichters des Nebraskaer Obergerichts bewirbt sich bekanntlich Richter Conrad Hollenbeck, der bereits seit 16 Jahren Richter beim 6. Distriktsgericht ist. Wie beliebt der Kandidat bei seinen Mitbürgern ist, beweist der Umstand, daß er bei der Primärwahl bereits fast zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen erhielt, nämlich rund 65 Prozent. Auch spricht der Umstand für Herrn Hollenbeck, daß sein Gegenkandidat, Richter Reese, bereits das biblische Alter von 75 Jahren erreicht hat. Herr Hollenbeck hat sein Heim im schönen Tremont aufgeschlagen und bereits oft bewiesen, daß er auf seine deutsch-pennsylvanische Abstammung stolz ist und daß er den Deutschen noch immer gewogen ist. Also, liebe Landsleute, haltet fest zusammen und tretet an wie ein Mann für Conrad Hollenbeck. Auf zum Sieg am 3. November mit Conrad Hollenbeck.

Staatsverband von Nebraska.

Neuer Zweig in Deshler, Neb., gegründet.

Am Samstag, den 24. Oktober, wurde in Deshler in einer außerordentlich zahlreich besuchten Versammlung ein neuer Zweigverein des Staatsverbandes gegründet und als Beamte erwählt: Friedr. Bieselmeyer, Präsident; Heinr. Kreiweis, Vizepräsident; Friedr. Bunsmeier, Sekretär; Wm. Struve, Schatzmeister. Die Eröffnungsansprache hielt Herr Aug. Esser vom Staatsverbande, worauf Herr Pastor Schwerin eine Ansprache hielt, worin er die Anwesenden aufforderte, eifrig für das Rothe Kreuz zu sammeln. Eine Kollekte ergab eine hübsche Summe. Glückauf dem neuen Bruderverein!

Deutschland für einen Seperatfrieden

Paris, 26. Okt. — Von hochstehenden Militärpersonen in Berlin ist dem „Temps", wie heute veröffentlicht wurde, der neueste Kriegsplan Deutschlands mitgetheilt worden. Danach soll der Fall Belforts den Deutschen einen neuen Weg zu einer Invasion ebnen, und sodann der Versuch gemacht werden, mit Frankreich einen Seperatfrieden zu erreichen. „Wir wollen Frankreich nicht ruiniren, Rußland macht uns keine Sorgen, aber unser Todfeind England muß zerschmettert werden, der uns Rußland und Frankreich auf den Hals hetzte." Dies ist die deutsche Ansicht, sagt der „Temps", und Deutschland hat noch verschiedene Ueberraschungen für England im Petto.

Keine Einigung der Jury.

Mineola, N. Y., 26. Okt. — In dem Florence Carman Mordprozeß vermochten sich die Geschworenen nicht zu einigen. Zehn waren für Freisprechung, zwei wollten die Angeklagte schuldig sprechen. Die Carman war angeklagt, Frau Louise Bailen erschossen zu haben. Man glaubt nicht, daß ein neuer Prozeß stattfinden wird.

Kann nicht ohne die Tägliche Omaha Tribüne sein.

Inglefide, Nebr., 20. Okt. 14.

Omaha Tribüne!

Anbei 1 Dollar für Fortsetzung der Täglichen Tribüne. Die Zeitung ist vorzüglich, namentlich in den sarkastischen kritischen Notizen der Kriegsnachrichten und Jedem (nicht allein Deutschen) zu empfehlen.

Hochachtungsvoll
Chas. Witaschek, Inglefide, Nebr.

Politische Anzeigen.

Henry C. Richmond.

Col. Richmond ist der bekannte Redakteur des originellen demokratischen Wochenblattes „The Omaha Nebraska", und seine Freunde erklären, daß er mit großer Mehrheit zum Staatsabgeordneten erwählt werden wird. Er war zweimal Hauptclerk des Hauses und „Clerk of Engrossed and Enrolled Bills", d. h. der Abtheilung, wo alle Gesetzesvorlagen eingeschrieben werden. Er kennt das ganze legislative Geschäft auswendig und die meisten der Abgeordneten, die in der nächsten Sitzung sein werden.

FRANK A. KENNEDY
Republican Candidate for
STATE SENATOR

Politische Anzeigen. Politische Anzeigen.

ED. E. HOWELL
— Kandidat für —
STAATS - SENATOR
Wahl am 3. November.

Warum ich Ihren Beistand erbitte.

Im Jahre 1894, als ich Mitglied des Stadtrathes war, entdeckte ich Unterschlagungen in der Abtheilung des Stadtschatzmeisters in der Höhe von einhundertundsiebentausend Dollars ($107,000.00). Im Jahre 1897 beantragte und sicherte ich als Staatssenator die Annahme des jetzigen Stadt-Charters mit ausgeglichener Besteuerung und zwang die Korporationen und großen Grundeigenthümer, ihren richtigen Antheil an der Stadtsteuer zu zahlen. Dieser Freibrief berechtigte die Stadt auch, öffentliche Nutzbarkeiten durch die Ausnützung der Kräfte hervorragender Gebiete zu erwerben: Dieses ist Erwerb durch Enteignungs-Verfahren. Dieses setzte auch besonders die Stadt Omaha in den Stand, durch Enteignungsverfahren die Omaha Wasser-Anlage in Besitz zu nehmen. Wäre dieser Freibrief strenger gehandhabt, die Kosten der Erwerbung der Wasseranlagen würden wenigstens die Hälfte betragen haben und Jahre des Prozesses erspart sein.

GEO. A. MAGNEY
County-Anwalt

Geo. A. Magney ist ein Kandidat für die Wiedererwählung für das Amt eines County-Anwaltes.

Er hat zwei deutsche Advokaten in seiner Office angestellt.

Soll dieses Amt in korrekter Weise geführt werden, dann nimmt es einen Mann, der die Sache gründlich versteht. Geo. A. Magney hat seine Fähigkeit bewiesen und es liegt nun an den Wählern von Douglas County, sich diesen Mann für dieses Amt zu erhalten.

Stimmt für Geo. A. Magney für County-Anwalt.

Stimmt für
G. FRED ELSASSER
demokratischer Kandidat für
County - Schatzmeister
Wahl am 3. November

Hat das Amt bereits in den Jahren 1900 bis 1904 zur allgemeinsten Zufriedenheit der Bürger bekleidet.

Herr Elsasser ist der einzige deutsche Kandidat für ein wichtiges County-amt und sollte jede deutsche Stimme im County ohne Unterschied der Parteiangehörigkeit erhalten.

Das
Ticket
des Volkes

Stimmt in allen Wards für die Kandidaten des einfachen Volkes für die Erziehungs-Behörde

5. Ward.... T. R. Mullen
6. Ward.... Wm. C. Davis
7. Ward.. Alfred E. Kennedy
8. Ward . Edward L. Dodder
9. Ward.. Dr. John J. Foster
10. Ward ..... C. Ernst
11. Ward.... Robert Cowell
12. Ward.... Thomas Fry

Stimmt für
Thomas O'Connor
Demokratischer Kandidat für
County-Kommissär
Vierter Distrikt
Dient jetzt seinen ersten Termin ab
Wahl am 3. November

Geboren in Omaha

Stimmt für
F. J. McSHANE, Jr.
Demokratischer Kandidat für
SHERIFF
„Dient jetzt ersten Termin ab"

Stimmt für
Dr. Willard H. Quigley
Geboren, aufgewachsen und erzogen in Omaha. Demokratischer Kandidat für
COUNTY CORONER

Stimmt für
JAMES P. FORD
Demokratischer Kandidat für
County Commissioner
Wahl am 3. November 1914

Man unterstütze die deutsche Presse, indem man zu ihrer Verbreitung beiträgt.

— B. F. Burn, deutscher Optiker. Augen untersucht für Brillen. 443—5 Brandeis Gebäude